

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 22.05.2008

Mehr Personal für die niedersächsische Justiz!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag teilt die Auffassung des amtierenden Justizministers, dass die niedersächsische Justiz unter eklatantem Personalmangel leidet. Der Landtag begrüÙt in diesem Zusammenhang, dass sich der Justizminister - im Gegensatz zu seiner Amtsvorgängerin - somit inhaltlich der bereits in der vergangenen Legislaturperiode erhobenen Forderung der SPD nach einer deutlichen Personalaufstockung (vgl. Antrag „Die niedersächsische Justiz nicht länger vernachlässigen!“ vom 6. November 2007 - Drs. 15/4187) angeschlossen hat.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Ankündigung des amtierenden Justizministers bei der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2009 umzusetzen und 260 zusätzliche Richterinnen und Richter sowie 90 zusätzliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte einzustellen.

Begründung

Vor dem Hintergrund schwerer Rügen durch das Bundesverfassungsgericht und den Bundesgerichtshof sowie angesichts massiver Proteste der Justizfachverbände bezüglich der derzeit zu verzeichnenden gravierenden Überlastung der niedersächsischen Staatsanwaltschaften und Gerichte besteht ein erheblicher Handlungsbedarf. Bislang hatte die Landesregierung trotz Besorgnis erregender PEBB§Y-Belastungszahlen lediglich ausweichende Antworten auf Anfragen nach dem Bedarf an zusätzlichen Stellen in der Justiz gegeben. Die von der SPD-Fraktion in der vergangenen Wahlperiode im Landtag zur Abstimmung gestellte Forderung des Niedersächsischen Richterbundes nach Einstellung von zusätzlichen 300 Richterinnen und Richtern wurde erst vor wenigen Monaten mit den Stimmen von CDU und FDP im Niedersächsischen Landtag abgelehnt. Der Wechsel an der Hausspitze des Justizministeriums hat diesbezüglich jedoch offenbar zu einem Umdenken innerhalb der Landesregierung geführt, dem sich auch die Landtagsmehrheit nicht länger verschließen dürfte: Der amtierende Justizminister hat, wie unter anderem von der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 25. April 2008 berichtet wurde, den derzeitigen Personalmehrbedarf auf 260 zusätzliche Richterinnen und Richter und 90 zusätzliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte beziffert. Vor diesem Hintergrund steht die Landesregierung in der Pflicht, diese Ankündigung des Justizministers bei der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2009 zu berücksichtigen.

Wolfgang Jüttner

Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 02.06.2008)